

**PARLAMENTSREDE**

von Jochen Esser, MdB - finanzpolitischer Sprecher der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 51. Sitzung vom  
10. September 2009 zum Thema: **Erste Lesung Doppelhaushalt 2010/2011**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

In der letzten Woche war zu lesen, dass die Cayman-Inseln vor dem Staatsbankrott stehen. Da kommen uns allen vermutlich die Tränen. Die Steueroase wandte sich hilfeschend an die britische Regierung im ehemaligen Mutterland. Der britische Außenminister hat die Regierung der Cayman-Inseln daraufhin wie folgt beschied: „Ich fürchte, es wird Ihnen nichts anderes übrigbleiben, als die Einführung neuer Steuern zu erwägen.“

Ich wiederum fürchte, dass ein unvoreingenommener Beobachter von außen, der sich nicht im hiesigen Wahlkampf befindet, über die Lage in Deutschland ähnlich urteilen würde. Und dabei schaue ich – nachdem der Finanzsenator, wie ich finde, sehr viel Richtiges zur bundespolitischen Einbettung des Berliner Haushaltsproblems gesagt hat – in erster Linie zu Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, weil Sie momentan in verzweifelter finanzpolitischer Lage den Wählerinnen und Wählern, wie ich glaube, wider besseres Wissen Steuersenkungen und ausgeglichene Haushalte zugleich versprechen.

[Beifall bei den Grünen und der SPD]

Ich habe noch nie einen derart gespenstischen Bundestagswahlkampf erlebt. Mit Getöse wird über Dienstwagen auf Mallorca oder Geburtstagsessen im Kanzleramt gestritten, aber wenn es um die wirklich großen Skandale geht – und ich bleibe nur bei den finanzpolitischen –, retten sich die Kombattanten in Schweigen – allen voran die Bundeskanzlerin, Frau Merkel.

Ein wirklicher Skandal ist es, dass die Banken mit Milliardenaufwand auf Kosten der Allgemeinheit saniert werden, ohne dass es eine wirksame parlamentarische Kontrolle gibt und ohne dass sich an den Boni der Nieten in Nadelstreifen etwas ändert.

[Beifall bei den Grünen und der SPD]

Ein Skandal ist es, dass 5 Milliarden Euro an Steuergeldern für die vielgepriesene Abwrackprämie ausgegeben wurden, ohne Mindestanforderungen an Spritverbrauch oder Schadstoffausstoß zu stellen.

[Beifall bei den Grünen]

Ein Skandal ist es, dass in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, Vermögen aber so niedrig besteuert werden wie fast nirgendwo sonst auf der Welt.

[Beifall bei den Grünen]

Und ein Skandal ist es, dass die Bundesrepublik als Folge dieser Politik auf einen kaum vorstellbaren Schuldenberg zuläuft und keine Wege aufgezeigt werden, wie es nachfolgenden Generationen gelingen soll, diese Last wieder in den Griff zu bekommen. Der größte Skandal ist dabei, dass Frau Merkel und Herr Westerwelle den Wählern trotzdem weismachen wollen, dass sich die Deutschen nach der Wahl auf Steuersenkungen und stabile Sozialabgaben freuen können.

[Zuruf von links: Unerhört!]

Für Berlin ist es von existenzieller Bedeutung, dass dieser Crashkurs gestoppt wird.

[Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Denn nur – und das ist auch schon von anderen gesagt worden – eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden wird uns aus der Misere herausführen. Eine Arbeitsteilung, wo wir in Berlin überall den Rotstift ansetzen, derweil die FDP im Bund das Geld zum Fenster hinauswirft und unsere Einnahmehasis untergräbt, wäre nicht nur unerträglich, sondern kann auch nicht funktionieren.

[Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion – Zurufe von der FDP]

Die unangenehme Wahrheit der Berliner Situation liegt ja inzwischen offen zutage: Der Haushaltsnotstand ist zurück. Die Ausgangslage gleicht dem Katastrophenjahr 2001 fast auf das Haar. Wie damals beträgt der Konsolidierungsbedarf – wenn man mal bis 2020 guckt – über 4 Milliarden Euro.

Wenn man den aufarbeiten will, sind rund 0,3 Prozent jährliche Ausgabensteigerung allenfalls möglich – so sagt es Senator Nussbaum, und das sagt neuerdings auch der Senat mit seinem Beschluss zur Finanzplanung. Ich denke, das ist richtig gerechnet, jedenfalls dann, wenn sich die Rahmenbedingungen für den Landeshaushalt auf Bundesebene nicht verändern. Aber ich glaube nicht, dass die Konsequenzen, die eine solche Ausgabenlinie nach sich zieht, schon überall verstanden worden sind, und ich finde Herr Nussbau, Sie haben vorhin auch noch einiges unterschlagen.

Hierbei hilft ein Blick in die Vergangenheit, der in diesem Fall auch ein Blick in die Zukunft ist. 2002 bis 2008 wurden die Ausgaben des Landeshaushalts in Berlin – unterm Strich – konstant gehalten, um zum Haushaltsausgleich zu kommen. Ein Inflationsausgleich fand also sieben Jahre lang nicht statt. Heftiger noch: Wenn man nur die Ausgaben betrachtet, die Berlin im weitesten Sinne selbst beeinflussen kann – also ohne Zinsen, ohne Kosten der Unterkunft, ohne BAföG und ohne Grundsicherung –, dann mussten in diesen sieben Jahren 1,2 Milliarden Euro abgesenkt werden, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen.

Nun meine Frage an Sie alle: Kann man eine solche Rosskur noch einmal schaffen? – Ich liefere meine Antwort gern mit: Nicht in dieser Größenordnung, denn nach der ersten Hungerkur ist das Fett im Berliner Haushalt zum großen Teil weg! Deshalb sind höhere Steueraufkommen und Verbesserungen der Gemeindefinanzen zur Sanierung hier in Berlin unerlässlich. Und deshalb ist es für die Menschen in Berlin von elementarer Bedeutung, dass es bei der Bundestagswahl nicht zu einer schwarz-gelben Koalition der Steuersenkung kommt.

[Beifall bei den Grünen und der SPD]

Nun bin ich nicht so blauäugig, zu glauben, die Sanierung des Berliner Haushalts – und das sollte sich auch sonst hier niemand einbilden – werde allein über Mehreinnahmen laufen. Haushaltssanierung erfolgt am Ende immer über Mehreinnahmen und Ausgabenkürzungen, und das ist in unserem Fall auch nachvollziehbar, weil der Berliner Eigenanteil am erneuten Haushaltsnotstand auch nicht gerade klein ist.

Am 30. März dieses Jahres tat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Michael Müller, der sich diese Debatte jetzt schenkt, in der „Berliner Morgenpost“ noch so, als hätte Rot-Rot die Lage im Griff. Er gab Folgendes zum Besten: „Wir müssen ganz einfach an unserer Vereinbarung festhalten, dass Mehrausgaben auf der einen Seite Minderausgaben auf der anderen Seite nach sich ziehen.“

Als ich das damals gelesen habe, bin ich fast vom Stuhl gefallen, und ich würde Herrn Müller, wenn er hier wäre, jetzt gern fragen, auf welchem Planeten er in den letzten Jahren gewesen ist.

Denn seit Beginn dieser Legislaturperiode haben SPD und Linke die Ausgaben um 900 Millionen Euro hochgetrieben, und wenn der heute vorliegende Haushaltsplan unverändert umgesetzt wird, werden es zum Ende dieser Legislatur 1,4 Milliarden Euro sein. Die Sparvereinbarung, von der Herr Müller in der Zeitung spricht, ist bloß roter Treibsand, den Sie den Zeitungslesern in die Augen streuen.

Keine der Sparmaßnahmen, die Herr Zackenfels für die SPD vorhin aufgezählt hat, stammt aus dieser Legislatur. Sie sind alle aus der Zeit vor den Wahlen. In Wahrheit sind Sie mit den Ausgaben den in der Hochkonjunktur steigenden Einnahmen hinterhergeklettert, haben aber keinerlei Vorsorge für den Krisenfall getroffen, und das rächt sich jetzt.

[Beifall bei den Grünen und der FDP – Beifall von Uwe Goetze (CDU)]

Und damit keine Missverständnisse aufkommen von wegen „Konjunkturprogramm“, „Wirtschaftskrise“, „Böse Banken“, „Der Krise nicht hinterher sparen“, sage ich, dass die Ausgaben von 2011 - immerhin 1,1 Milliarden Euro mehr als im Abschluss 2008 - nichts mehr mit den Konjunkturprogrammen zu tun haben. Die Programme laufen 2010 aus. Sie haben auch noch nichts mit etwaigen Berliner Anteilen an der Bankenrettung zu tun; denn die Rechnung kommt später.

Ich bringe es für Sie gerne auf den Punkt: Für die Einnahmeverluste - geschätzte 1,7 Milliarden Euro gegenüber 2008 - sind in der Tat die Wirtschaftskrise und die Steuersenkungen von Schwarz-Rot im Bund verantwortlich, für die Mehrausgaben aber, die Spenderhosen von Rot-Rot hier in Berlin. Dieser Haushalt wirkt wie ein Offenbarungseid. Er bringt die Wahrheit über eine Kette von Versäumnissen an den Tag. Jetzt gibt es die Quittung für unzählige Einzelentscheidungen von Rot-Rot in den letzten Jahren, die eine Welle nachhaltig wirksamer Ausgabensteigerungen aufgebaut haben.

Im vorliegenden Haushalt schlägt sich das in sämtlichen Politikbereichen nieder.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Immerhin!]

Einzigste Ausnahme ist die Wohnungsbauförderung. Das ist die Folge einer Entscheidung aus dem Jahr 2002, die wir alle kennen. Jetzt rächt sich das abrupte Ende des Solidarpakts im öffentlichen Dienst in Form eines sprunghaften Anstiegs der Personalkosten bei gleichzeitig ungerechter Behandlung der einzelnen Beschäftigungsgruppen, insbesondere der Beamten und bei denen wieder insbesondere derjenigen, die keine Lehrer sind.

Von einem fairen Kompromiss zwischen allen Beteiligten und einem verlässlichen Stufenplan über mehrere Jahre wollten Sie nichts wissen als das anstand. Sie haben – Herr Wowereit vorweg

– nicht einmal versucht, diese zugegeben schwierige Aufgabe zu meistern. Uns jetzt hier zu sagen: Wollen Sie von den Grünen den Solidarpakt den fortsetzen oder nicht? Das ist doch Karneval. Als das anstand, haben Sie nicht gehandelt. Jetzt baden wir das alle miteinander aus.

[Beifall bei den Grünen – Uwe Doering (Linksfraktion): Wer macht denn hier Karneval?]

Im Rückblick wird eins meiner Ansicht nach glasklar. Als sich die SPD vor drei Jahren gegen Rot-Grün entschieden hat und für die Fortsetzung der Koalition mit der Linkspartei, war das nicht nur eine Entscheidung gegen die ökologische Modernisierung der Stadt, es war nicht nur eine Entscheidung gegen green industries und neue Arbeitsplätze für Berlin. Es war auch eine Entscheidung gegen die Haushaltssanierung!

[Uwe Doering (Linksfraktion): Dann hol mal langsam die Pappnase heraus!]

Weil Sie das wissen und das inzwischen deutlich wird, treten Sie nun die Flucht nach vorn an und beschließen eine Finanzplanung, die uns sagt, ab 2012 wird wieder gespart, dass es quietscht. Das zu verkünden kostet Sie im Augenblick nichts. Dazwischen liegen die Wahlen. Überhaupt läuft in zwei Jahren noch viel Wasser die Spree hinunter.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Das stimmt!]

Herr Wowereit träumt vermutlich davon, Berlin bis dahin hinter sich gelassen zu haben, wenn es dann ernst wird. Ein Großteil von Ihnen, Herr Doering, freut sich augenscheinlich darauf, ab 2012 wieder auf der Oppositionsbank zu sitzen und dann endlich in Berlin auch den Oskar zu machen. Aber aufräumen und sich die Finger schmutzig wachen, das sollen dann andere. So sieht das aus.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Für das Erste darf mit Herrn Nußbaum nun ein neuer Finanzsenator den Scherbenhaufen erst einmal verwalten. In der Analyse sind Sie mutig vorangeschritten, Herr Nußbaum. Ihre Ankündigung jedoch, das Blatt zu wenden, zu dem Sie uns hier auch einige Hinweise gegeben haben, sind bis jetzt noch ohne Substanz.

Dazu müssten Sie bei der rot-roten Koalition mehr erreichen als Zähneknirschen und wegwerfende Handbewegungen, wenn die Rede auf Ihre Finanzplanung kommt. Glaubwürdig würde der damit markierte Kurswechsel erst, wenn Sie ihn unumkehrbar machen. Dazu müssen in nächster Zeit mindestens drei Dinge passieren. Erstens: Ein Senat, der für 2013 mit der Finanzplanung den Stopp steigender Personal- und Sachkosten beschließt und obendrauf noch eine strukturelle Sparvorgabe von 250 Millionen Euro packt, muss auch beschließen, mit welchen Maßnahmen er diese Zielsetzung umzusetzen gedenkt. Anderenfalls ist das nichts als blauer Dunst.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ein Senat, der wieder auf Konsolidierungskurs gehen will, kann sich im vorliegenden Haushalt nicht einfach eine Pauschale von 200 Millionen Euro für Wahlgeschenke und alle Eventualitäten genehmigen.

[Beifall bei den Grünen]

Er kann auch nicht Verpflichtungsermächtigungen für die Zukunft gegenüber 2008 um sage und schreibe 5 Milliarden Euro steigern.

[Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Das ist noch nicht einmal ausfinanziert!]

Was soll denn dann Ihr Satz, Herr Nußbaum: Wir müssen diese Investitionen noch einmal überprüfen, und auch die anderen Ausgaben? Alle Ihre Kolleginnen und Kollegen im Senat haben sich Verpflichtungsermächtigungen in einem Ausmaß für die nächsten Jahre gesichert, wie ich das hier bisher noch nicht erlebt habe. Da ist der Verdacht berechtigt, dass Sie eigentlich weiter machen wollen wie bisher.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Zweitens: Mindestens so wichtig, wenn nicht noch wichtiger ist, dass wir einen Beschluss des Senats, besser noch des Parlaments brauchen, in dem sich Berlin gegenüber dem Bund und den anderen Ländern unzweideutig auf den Boden der Realitäten und der geltenden Finanzverfassung im Grundgesetz stellt.

Was hier an der Schuldenbremse vom Senator kritisiert worden ist und auch das Eine oder Andere von Herrn Zuckenfels kann ich verstehen. Aber aus der bei Ihnen insgesamt nur chaotisch zu nennenden Lage müssen wir heraus. Ich habe bisher von der SPD nur Leute mit Zwischenrufen gehört, die sich dahin gehend geäußert haben, sie würden lieber auf das Geld verzichten als vor der Schuldenbremse zu Kreuze zu kriechen. und die sich gerieren, als seien sie Konföderierte im amerikanischen Bürgerkrieg und die deutsche Hauptstadt ein grundgesetzfreie Zone.

[Beifall bei den Grünen]

Der Regierende Bürgermeister, der jetzt nicht anwesend ist, hat dem noch nicht einmal widersprochen, sondern noch beigepflichtet, indem er die neue Finanzverfassung als abstruse Idee bezeichnet hat.

Gleichzeitig schreiben Sie aber in den Haushalt die erste Rate der damit verbundenen Schuldenhilfe, die wir nur bekommen, wenn wir im Jahr 2010 mit dem Bund eine Sanierungsvereinbarung mit Blick auf 2020 schließen.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Wenn das veranschlagungsreif sein soll, ist es nicht zu viel verlangt, dass es hier in diesem Parlament und vorher im Senat einen Beschluss gibt, dass man diese Verwaltungs- und Sanierungsvereinbarung mit dem Bund in Richtung Schuldenbremse auch eingehen wird.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Abschließend möchte ich noch einen Gedankengang vortragen. 1991, nach der Wiedervereinigung, hatte Berlin 10,7 Milliarden Euro Schulden. Nach heutigen Zinssätzen trug das Zinslasten von einer halben Milliarden Euro nach sich. 20 Jahre später stehen wir bei 66 Milliarden Euro und zahlen mindesten 2,5 Milliarden Euro pro Jahr und tragen sie zu den Banken. Nun stellen Sie sich einmal vor, wir könnten hier im Plenarsaal in dieser

Haushaltsberatung diese zwei Milliarden Euro verteilen. Dabei könnte man ins Träumen kommen. Dass das nicht geht, liegt daran, dass hier jahrzehntelang weder nachhaltig noch generationsgerecht gewirtschaftet worden ist. Ich frage Sie, ob Sie das so weiter betreiben wollen, vor allem Sie. Wir von den Grünen wollen das nicht.

[Beifall bei den Grünen]